

# „Freiwilliger Deutscher Schutzbund FD.“ in der Tschechoslowakei.

Konrad Henlein Leiter, Willy Brandner sein Stabschef.

Eszer, 18. Mai. Hier fand die Gründungsversammlung des vom Innenminister genehmigten Verbandes „Freiwilliger Deutscher Schutzbund FD.“ statt. Abg. Dr. Köllner der SDP gab vor Vertrauensmännern aus dem gesamten Staatsgebiet ein Bild über Aufgaben, Zweck und Ziele des neuen Verbandes, zu dessen Leiter Konrad Henlein gewählt wurde. Henlein hat zu seinem Stabschef den Verbandsturnwart Willy Brandner ernannt.

Der neue Stabschef, der wie Henlein aus der Turnbewegung hervorgegangen ist, hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt, daß der FD künftig den Dienst des Schutzes der Ordnung und der völkischen Selbsthilfe für das gesamte Subetendeutschum übernehme. Der Aufruf schließt: Der FD ist keine Paradedruppe, sondern eine Kampferfahrene, die ständig im Dienst steht. Er hat die Ordnung und Macht der großen Kundgebungen zu wahren. Er wird das stets wache Gewissen des Subetendeutschums sein im Kampf für Reinheit, Schlagkraft, Zucht und Unererschütterlichkeit der Volksgemeinschaft. Er wird auch überall dort als erster Hilfspolizei auf dem Plan sein, wo Katastrophen das Leben und das Gut der Volksgemeinschaft bedrohen. Pflichterfüllung, Einsatzbereitschaft und Treue zur Ordnung sind die Grundzüge für die Aufgaben des freiwilligen Deutschen Schutzbundes. Für den FD-Mann sind die härtesten Befehle gerade gut genug. Der FD-Mann ist immer im Dienst. Der FD-Mann führt das scharfgeschliffene Schwert gegen soziales Unrecht, Verletzung und gegen Störer der Einheit.

London, 14. Mai. Zum Besuche Konrad Henleins meinen die „Times“, Henlein wolle in London vor allem klar machen, daß die Autonomie das unumstößliche Ziel der Subetendeutschen sei. „Daily Telegraph“ bemerkt, Henlein habe seit seinem letzten Besuche in London seine politischen Ansichten völlig gewandelt. Damals habe er erklärt, die SDP werde die Außenpolitik der

Tschechoslowakei nicht beeinflussen und bemühe sich nicht um einen Anschluß an das Reich. Das habe sich aber geändert. Der Besuch rufe auch deshalb Interesse hervor, weil man vielfach die Ansicht vertritt, daß die Forderungen der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei auf dieselbe Grundlage gestellt werden sollten wie die der Deutschen.

Paris, 14. Mai. „Petit Parisien“ meint, der Zweck des Besuchs Henleins in London sei der, für die Sache der Subetendeutschen bei denen zu werden, die ihre Sympathie für die Prager Regierung bekundet hätten.

## Polen will nicht Beschützer der Tschechen sein.

Warschau, 14. Mai. Gegen Versuche, Polen für die Sache der Tschechoslowakei zu erwärmen, wendet sich der regierungsfreundliche „Czypresz Poranny“. Man tue so, sagt das Blatt u. a., als ob das Schicksal der Tschechoslowakei in den Händen Polens ruhe. Es sei nicht schwierig, sich vorzustellen, wer diese Gerüchte in die Welt setzt. In demselben Maße, in dem sich die westeuropäischen Großmächte ihre Hände in Unschuld wuschen und sich nicht allzu stark in die tschechoslowakische Frage einmischen möchten, versuche man, Polen mit dem Schicksal der tschechoslowakischen Republik zu verbinden. Die Tschechen müßten die Forderungen der polnischen Minderheit erfüllen und den kommunistischen Umtrieben auf dem Gebiet der Tschechoslowakei, die sich gegen Polen richtete, ein Ende machen. Im übrigen sei Polen an den deutsch-tschechischen Meinungsverschiedenheiten nicht beteiligt. Die Versuche, Polen an der Verantwortung für das Schicksal der Tschechoslowakei zu beteiligen, könnten nicht gelingen; diejenigen, die das Pilsener Bier gebraut hätten, sollten es auch selbst trinken.

# Ein neuer Sowjetangriff auf den Frieden mißglückt.

Niederlage Rotspaniens in Genf. Es wird ausfällig gegen England.

In der gestrigen Sitzung des Genfer Ligarates ging unter dem Vorwand, noch einmal „einige Bemerkungen“ machen zu wollen, der Vertreter der spanischen Bolschewisten, del Bano, durch Vorlage eines neuen Entschließungsentwurfes zu einem offenen Angriff auf die Nichtteilnahme über, ebenso auf die englische Mittelmeerpolitik. Del Bano beendete seine Flut von Lügen und Verleumdungen damit, daß er die Haltung Englands als „ungeheuerlich“ bezeichnete.

Lord Halifax erwiderte, er habe die Worte del Banos „mit Ueberraschung“ vernommen. Die englische Politik habe sich von Anfang an von den höheren Interessen des spanischen Volkes und den Interessen Europas leiten lassen. Der französische Außenminister Bonnet sprach nochmals seine „Sympathie für die spanische Demokratie“ aus, erklärte aber gleichfalls, an der Politik der Nichtteilnahme festhalten zu wollen. Der rotspanische Vertreter wisse, „in welchem Geiste diese Politik von Frankreich gehandhabt worden sei“ (1). — Nach weiterem Hin und Her meinte del Bano schließlich, er „bebaue im Interesse der Liga“ die Art, wie die Debatte zum Abschluß gebracht worden sei. Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte aber der Ratspräsident, es handele sich um ein Schriftstück, das eingehend geprüft werden müsse. Hierauf wurde die Sitzung zunächst aufgehoben. Dank der Hilfe, die das Sekretariat der Liga dem bolschewistischen Vertreter wider dessen eigenes Erwarten geleistet hatte, mußte nun der Rat erneut zu einer Geheimberatung zusammentreten. Sie schloß mit der Anberaumung einer namentlichen Abstimmung. Dabei wurde der Entschließungsentwurf abgelehnt. Gegen ihn stimmten England, Frankreich, Polen und Rumänien, dafür außer dem Antragsteller lediglich die Sowjetunion. Die übrigen Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

Die Weigerung des Genfer Rates, die Nichtteilnahmeentscheidung über den sowjetischen Entschließungsentwurf wird in der heutigen französischen Frühlingspresse stark beachtet. Mit Ausnahme der marxistischen Zeitungen, die von einem „Standstillen Verfahren“ und ähnlichem sprechen, geben die Blätter der Genugtuung Ausdruck, daß wieder einmal ein ableses Sowjetmandat gegen den Frieden Schiffsbruch erlitten hat. In bisher nie dagewesener Schärfe ziehen die meisten Zeitungen vor allem gegen die Ausfälle del Banos gegen England vom Leber und sprechen dabei selbst von dem „bolschewistischen und roten Spanien“, während es bisher mit tendenziöser Unterstreichung in der französischen Presse stets das „republikanische Spanien“ hieß...

## „Die Sowjets haben in Genf verspielt.“

Warschau, 14. Mai. Die „Polnische Telegraphenagentur“ schreibt zu der neuen Niederlage der Sowjetunion in Genf: die entschlossene Haltung Englands, Frankreichs, Polens und Rumaniens hätten das neue Mandat Witwinos und seiner französischen und englischen Begünstigten, die ihn bei seinen Stützpunkten gegen die Politik einer Annäherung an Italien unterstützten, verhinndert. Eine solche Entschlossenheit, wie sie Lord Halifax bei der Abwehr des Angriffes des spanisch-bolschewistischen Delegierten del Bano zeigte, habe man bisher in Genf noch nicht angetroffen. Im „Czypresz Poranny“ heißt es: Die Sowjets haben in Genf verspielt, so wie sie woanders auch verspielt haben. Wilson muß sich im Orade herumdrücken, wenn er sieht, wie sein Werk, die Genfer Liga, die den Frieden der Welt sicherstellen sollte, heute zur Stätte der Intrigen gegen die internationale Annäherung geworden ist.

## Zur Erledigung des Regus.

Stoßfeuer aus Paris. „Stillers Politik negativ.“ Paris, 14. Mai. Die Erledigung der Abessinien-Angelegenheit, an der Frankreich so stark beteiligt war, wird von der Mehrheit der Zeitungen mit einem Stoßfeuer der Erleichterung vergesungen. Man unterstreicht, daß die Aussprache zwar ohne Zwischenfall vorübergegangen, noch aber die ganze Atmosphäre „höchst peinlich“ gewesen sei. Das

Wichtigste des ganzen Genfer Palavers für Frankreich kommt in den Schlagzeilen der Blätter zum Ausdruck: daß nunmehr das italienische Imperium anerkannt werden kann und daß Frankreich in kürzester Frist wieder einen Vorkämpfer nach Rom entsenden wird. „Figaro“ sagt, alle Welt habe große Fehler gemacht. Ein einziges Land habe alles bei dem ganzen Spiel gewonnen: Deutschland. Hitler sei der große Sieger. — „Matin“ schreibt, der gestrige Tag habe den totalen Mißerfolg der gefährlichen Politik der Sowjets gebracht. — „Epoque“ meint, trotz der vergeblichen Verteidigung des

# Imredy Ministerpräsident in Ungarn.

„Das Ende der liberalen Wirtschaftsdiktatur.“

Budapest, 14. Mai. Im Anschluß an den Ministerrat, der gestern nachmittag zusammentrat, unterbreitete Ministerpräsident Daranyi dem Reichsverweser den Gesamtrücktritt der Regierung. Der Reichsverweser hat den Rücktritt angenommen. Daranyi brachte als seinen Nachfolger den Wirtschaftsminister und Notenbankpräsidenten Imredy in Vorschlag.

Der Reichsverweser hat Imredy zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Neubildung der Regierung betraut. Dieser hat eine Regierung in Vorschlag gebracht, der u. a. angehören als

- Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Imredy,
- Außenminister v. Kanya,
- Kultusminister Graf Paul Teleki,
- Ackerbauminister Sztranyavsky (bisher Reichstagspräsident),
- Innenminister Kerekes-Fischer,
- Sonnenminister General Kaja,
- Finanzminister Ameny-Schneller,
- Minister ohne Portefeuille Homan.

Der neue Ministerpräsident, der bereits als Finanzminister der Regierung Gömbös angehörte und sodann die Leitung der ungarischen Nationalbank übernahm, genießt den Ruf eines befähigten Wirtschafts- und Finanzmannes und gilt als Persönlichkeit von nationaler Weltanschauung. Die Weiterführung der Außenpolitik ist durch das Verbleiben v. Kanyas gewährleistet.

Der Reichsverweser hat die neuen Minister ernannt und das Kabinett heute vormittag vereidigt.

In einer Verlautbarung heißt es, der zurückgetretene Ministerpräsident habe sich bei der Uebernahme der Regierung eine Reihe von Aufgaben gestellt, die nunmehr als gelöst angesehen werden könnten. Damit wäre ein fest umrissener Abschnitt in der Tätigkeit der Regierung eingetreten. Aus diesem Grunde habe sich Daranyi veranlaßt gesehen, dem Reichsverweser seinen Rücktritt anzubieten.

Die neugebildete Regierung begab sich gestern abend zu der Konferenz der Partei der nationalen Einheit, um sich der Regierungspartei vorzustellen. Dort gab Imredy eine Erklärung ab, in der es heißt, daß in der außenpolitischen Vorkämpferrolle keinelei Veränderung eintreten werde. Innerpolitisch werde die Regierung eine rechtsgerichtete nationale und christliche Politik verfolgen. Sie werde die Uebereinstimmungen und den geistigen Inhalt der Rechtspolitik achten und wahren. Die europäische Geschichte sei an einem Wendepunkt angelangt. Neue und mächtige Kräfte seien zum Durchbruch gekommen, denen auch die ungarische Nation Rechnung tragen müsse. Er werde sofort zwei Gelegenheiten einbringen, die einen wirkungsvollen strafrechtlichen Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zuließen. Die Nation müsse mit allen Mitteln zu einer Einheit zusammenschmelzen, die Arme mit allen Kräften gefördert werden. Der Fünfjahresplan Daranyis werde mit aller Entschlossenheit durchgeführt werden. Die Zeiten seien vorbei, wo jeder nach seinem eigenen Geschmack arbeiten konnte; die Interessen des einzelnen müßten endlich dem Interesse der Gesamtheit untergeordnet werden. Die Er-

regus würden Frankreich und England das italienische Weltreich anerkennen, doch sei die Eroberung Abessiniens rechtlich nicht anerkannt und Genf habe noch nicht dem Verschwinden eines seiner Mitglieder zugestimmt. Rechtlich bestünde also das Problem noch weiter, und der Regus könne sich im September bei der Vollversammlung der Liga wieder vertreten lassen. Dann werde der Vollmachten-Prüfungsausschuß die Beglaubigungsscheine der abessinischen Delegierten für ungültig erklären, da sie von einem nicht mehr souveränen Staat herührten. — „Jour“ meint, es müsse jetzt der Zusammenbruch der Liga durch die Rückkehr Italiens „in den normalen diplomatischen Kreislauf“ ausgeglichen werden. — „Petit Journal“ spricht von einer doppelten Verdringung in Genf: Grablegung des Regus und das Begräbnis des Vereins, der seine Befehle, Plündererei und Hirngespinnste freien und souveränen Staaten diktiert hätte.

## „Unruhmliches Begräbnis.“

Rom, 13. Mai. Das Ergebnis der Genfer Aussprache, das es allen Mitgliedsstaaten freistellt, das italienische Imperium anzuerkennen, wird von der gesamten römischen Presse unter Ueberschriften wie „Nach der Komödie fällt der Vorhang“, „Unruhmliches Begräbnis des sog. Abessinienproblems“ ohne Stellungnahme veröffentlicht. Untertrieben wird lediglich, daß Lord Halifax nachgewiesen habe, daß Italien in allen Gebieten Aethiopiens vollkommene Souveränität ausübe.

## Genas versucht querschießen.

Paris, 13. Mai. Genas äußert zu den italienisch-französischen Besprechungen u. a.: Die Verhandlungen schritten weniger schnell vorwärts, als man sich dies im Anschluß an die erste Fühlungsnahme zwischen Graf Ciano und dem französischen Geschäftsträger vorgestellt habe. Doch erkläre sich das aus der Reise des italienischen Außenministers nach Tirana und aus dem Besuch des Führers in Stallen. Bei den augenblicklichen Besprechungen handele es sich für Frankreich darum, „greifbare Bezeugungen für den italienischen Verständigungswillen“ und besondere Versicherungen zu erhalten, die denen gleichen sollen, die Großbritannien gegeben worden seien. Für Stallen sei dieses Einvernehmen mit Frankreich die „unerlässliche Voraussetzung des italienisch-englischen Abkommens“, das in der Tat für Rom keinen praktischen Wert haben könne, wenn die Verhandlungen mit Frankreich nicht zur Regelung gewisser strategischer Fragen im westlichen Mittelmeer führten. Im übrigen würde das französisch-italienische Abkommen Italien eine größere Unabhängigkeit in seinen Beziehungen zu Deutschland (1) und gleichzeitig neue Möglichkeiten für die Auswertung der in Ostafrika eroberten Gebiete verleihen. Angesichts des verwickelten Stoffes könne man damit rechnen, daß die Verhandlungen noch eine gewisse Zeit andauern würden.

Rom, 14. Mai. Die Stammeshauptlinge aus Libyen und Italienisch-Ostafrika, die anlässlich der zweiten Jahrestagung der Gründung des Imperiums nach Rom gekommen waren, sind gestern von Viktor Emanuel III. feierlich empfangen worden.

ziehung der Jugend auch außerhalb der Schule werde mit größtem Nachdruck in Angriff genommen. Die Jugendgesetze würden mit voller Ueberzeugung weiter durchgeführt werden.

Die neue Regierung findet fast in der gesamten Presse eine herzliche Aufnahme. Es wird festgestellt, daß die Regierung einen scharf umrissenen nationalen und christlichen Kurs verfolgen würde und sich hierbei auf das Vertrauen und die Achtung der ganzen Nation stützen könne. Besonders vermerkt wird, daß der rechtsgerichtete Charakter durch den Eintritt des Generals Kaja und Sztranyavskys besonders betont worden sei. Imredy bringe für seine Aufgabe außerordentliche Fähigkeiten und einen eisernen Willen mit. — Der nationalböhmische „Uj Magyarok“ erklärt, Imredy sei eine der scharf umrissenen Persönlichkeiten des politischen Lebens. Reichsbankpräsident Dr. Schacht habe Imredy als einen der ersten Finanzleute Europas bezeichnet. Die Regierung Imredys bedeute das Ende der Diktatur der liberalen Wirtschaftsprivilegien und der Allmacht des Kapitals. — Die jüdisch-liberale Presse ist sehr zurückhaltend und stellt fest, daß die Regierung Imredy von einem liberalen Regime weit entfernt sei.

Reichsverweser Admiral v. Horthy hat an den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Daranyi ein in herzlichen Worten gehaltenes Handschreiben gerichtet und ihn mit dem Großkreuz des ungarischen Verdienstkreuzes ausgezeichnet.

## Kabinettsumbildung in London?

London, 14. Mai. Die Presse bezeichnet die von Lord Swinton im Oberhaus und von Lord Brinton im Unterhaus abgegebenen Erklärungen über die Kabinettsaufstellung als unzulänglich.

Chamberlain hatte gestern mit Luftfahrtminister Lord Swinton eine längere Aussprache. Anschließend hatte Chamberlain mit Baldwin eine einstündige Unterredung. Man bringt den Besuch Baldwin mit der Absicht Chamberlains, sein Kabinett umzubilden, in Zusammenhang.

„Daily Mail“ berichtet, daß der Luftfahrtminister seinen Rücktritt angeboten habe. Chamberlain habe abgelehnt. Politische Bedeutung wird dem gestern erfolgten zweiten Besuch des Innenministers Sir Samuel Hoare bei Chamberlain zugemessen, der als Nachfolger von Lord Swinton genannt wird. Hoare war von 1924 bis 1929 Luftfahrtminister. Der Besuch Baldwin wird darin ausgelegt, daß er seinem Nachfolger seinen Rat in der augenblicklichen heiklen Lage angeboten habe.

## Der Rücktritt der belgischen Regierung.

Brüssel, 13. Mai. Die Regierung ist heute zurückgetreten, nachdem die Versuche des Ministerpräsidenten Janson, das Kabinett durch die Vereinnahmung neuer katholischer Minister umzubilden, gescheitert waren.

Der bisherige Außenminister Spaak ist vom König mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden. Spaak ist 39 Jahre alt und gehört der Sozialdemokratie an.